

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 1-50 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119.471**(OPPOSITION)**Redaktion und Administration:
XVI, Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Juni 1932

6. Jahrgang, Nr. 104

Schluß mit den Opfern der Massen! Her mit den Opfern der Bourgeoisie!

Keine zwei Wochen sind vergangen und schon ist der Regierung das «Notbudget», womit sie 200 Millionen Schilling den Massen „ersparen“ und ausplündern wollte, zu wenig. Sie kommt mit einem Programm von 40 Gesetzen, die, in kürzester Zeit durchgeführt, den Massen noch mehr rauben wollen als das «Nachtragsbudget». Die Hauptpunkte dieses neuesten «Sanierungsprogramms» sind:

1. Sanierung der Bundesbahnen durch «Abbau der Regien», das heißt durch Personalabbau und Senkung der ~~Postgebühren~~ **Pensions**.
2. Ausbalancierung des Postbudgets, das heißt Personalabbau, gesteigerte Ausbeutung der Postler, Erhöhung der Postgebühren.
3. Reform der Arbeitslosenfürsorge, das heißt **Massenaussteuerung** und Einführung von **Zwangsarbeit** unter dem Namen eines «freiwilligen Arbeitsdienstes», bemantelt mit dem Pappenspiel von 12 Millionen an die I. B. K. und 5 Millionen an die Gemeinden.
4. Unter dem Titel **Zwecksteuern** für die Arbeitslosenversicherung sollen erhöht werden: die **Warenumsatzsteuer**, die **Zölle** auf Kaffee und Tee, soll eingeführt werden eine **Beschäftigtensteuer**, sollen gedrosselt werden alle **Investitionen**.

Die angebliche Sorge um die Arbeitslosen, die sie in Wirklichkeit kürzt und aussteuert, dient der Regierung nur als Vorspann für neue Massensteuern, die ihrerseits die Massenarbeitslosigkeit nur noch steigern werden.

Heimwehr und Nazis wetteifern miteinander mit Aufmärschen, militärischen Uebungen, Ueberfällen und arbeiten mit allen Mitteln daran, das kapitalistische Sanierungsprogramm durchzudrücken. Für die Faschisten gilt das Aufmarschverbot nicht. Aber den Arbeitslosen wird der Hungermarsch verboten wegen «Gefährdung des öffentlichen Wohles».

Ungeheuer ist der Raub der Kapitalistenklasse an den Massen. Die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften selbst stellen fest, daß die gegenwärtig beschäftigten Arbeiter gegenüber 1929 **350 Millionen Schilling Jahreslohn weniger** bekommen, wobei die entlassenen Arbeiter und Angestellten überhaupt nicht berücksichtigt sind. Die sozialdemokratischen Aerzte stellen fest, daß die **Hungerepidemie** umgeht, daß breite Teile der Massen buchstäblich verhungern, daß das bereits auch äußerlich in Erscheinung tritt in massenhaft schwersten Erkrankungen, wie Skorbut und Rachitis.

Was aber tut die Sozialdemokratie dagegen, die sich da nennt «Arbeiterpartei»? Sie appelliert an das gute

Herz der Bourgeoisie. Sie beschwört, sie warnt die Bourgeoisie vor den großen Gefahren, die dadurch dem (kapitalistischen) Staat, der (kapitalistischen) Gesellschaft drohen. Sie gebraucht viel schöne Worte im und außerhalb des Parlaments. Doch es fällt ihr nicht ein, einen ernstlichen **Massenwiderstand** gegen die kapitalistische Rauboffensive zu organisieren. Lügt sie doch immer wieder, daß es in Oesterreich überhaupt keine Kapitalisten gäbe, sondern nur Schnorer. Manchmal entschlipft ihr (A.-Z., 22. VI.), «wie es sich in Oesterreich die Reichen ~~schon gut gehen lassen~~ **noch nicht einen Finger rührt** sie, ja es kommt ihr nicht einmal der Gedanke, Opfer der Reichen, Opfer der Kapitalisten, Opfer der Bourgeoisie zu verlangen, zu erkämpfen, um damit zu helfen den Ausgesteuerten und den hungerunterstützten Arbeitslosen und den zu Hungerlöhnen beschäftigten Arbeitern. Die Sozialdemokratie kämpft für «Industrie und Gewerbe», für das «industrievolk». Die Arbeiter kommen dabei immer weiter unters Rad.

Es kann nicht anders sein bei der sozialdemokratischen Politik. Wie immer die sozialdemokratischen Phrasen wechseln, die Sozialdemokratie als kleinbürgerliche Partei ist gekettet an die Politik des Verrates an der Arbeiterklasse, an die **Koalitionspolitik**, an ihre grundlegende Sucht nach der Koalition mit der «anständigen Bourgeoisie». Dem opfert die Sozialdemokratie fort und fort alle Interessen der Arbeiter und ihre einzige Sorge ist, durch alle möglichen schlaunen Manöver die Massen darüber zu täuschen.

Was ist die sozialdemokratische Lösung des

«Notopfers der Allgemeinheit»

anders als ein solches Täuschungsmanöver? Zunächst einmal wer ist die «Allgemeinheit», die da nach der Sozialdemokratie das Notopfer bringen soll? Sie schlägt eine Erhöhung der Einkommensteuer vor, vor allem der hohen Einkommen («A.-Z.» vom 19. Juni). Praktisch läuft dies im wesentlichen hinaus auf eine Belastung aller Beschäftigten, kommt also in der Wirkung der Beschäftigtensteuer gleich. Die sozialdemokratische «Allgemeinheit» sind also die Beschäftigten. Wäre die Sozialdemokratie wirklich eine Arbeiterpartei, so müßte sie kämpfen für Opfer der Kapitalisten, für Opfer der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie verbirgt sich hinter der «Allgemeinheit», um durch dieses Lügenwort vor den Arbeitern zu verbergen, daß sie den verhungern den Arbeitslosen helfen will auf Kosten der Hungerlöhne, nicht aber auf Kosten der Kapitalisten, die es sich nach den Worten der «Arbeiter-Zeitung» auch in Oesterreich

noch immer gut gehen lassen. Das «Notopfer der Allgemeinheit» durch Erhöhung der Einkommensteuer ist der Wunsch der Sozialdemokratie — für welches «Notopfer der Allgemeinheit» die sozialdemokratischen Lakaien schließlich noch sein werden, das wird ja die nächste Zeit zeigen.

Wie schaut diese «Hilfe» für die Arbeitslosen in Wirklichkeit aus? Die Regierung der Bourgeoisie kommt mit 40 neuen Raubgesetzen. Die Sozialdemokratie antwortet darauf («A.-Z.» v. 22. Juni): weitere Aussteuerungen ~~hätten unterlassen durch ein Notopfer aus dem Mitteln der Allgemeinheit~~, **das ist die Frage von der alles abhängt!** Was heißt das? Die Sozialdemokratie sagt der Bourgeoisie folgendes: Ihr kapitalistische Herren, nehmt von den Hungerlöhnen der Beschäftigten, helft damit ein wenig den Arbeitslosen, stellt so das weitere Aussteuern ein; wir sozialdemokratischen Lakaien sind dann bereit, alles, alles andere zu schlucken; die «Sanierung der Bundesbahnen», die «Ausbalancierung des Postbudgets», die «Zwecksteuern für die Arbeitslosenversicherung», die Erhöhung der Warenumsatzsteuer, der Kaffee- und Teezölle usw. usw.; wir werden viel dagegen meckern im und außerhalb des Parlaments, wir werden vom Kampf viel gackern, wir werden wildeste Kampfpöse mimieren, wir werden erbittertsten Kampf markieren, aber wir werden in Wirklichkeit nicht das Geringste ernstlich dagegen unternehmen, im Gegenteil, wir werden jeden Widerstand der Massen dagegen hintanhalten, wenn ihr kapitalistischen Herren uns das Einzige gebt, jenes «Notopfer der Allgemeinheit», damit wir so den Arbeitslosen und der ganzen Arbeiterschaft überhaupt die Augen auswaschen.

Wie oft schon hat die Sozialdemokratie dieses Betrugsmanöver an den Massen wiederholt! Immer und immer wieder ist es ihr gelungen, obwohl es immer schwerer wird, den Betrug vor den Massen zu verschleiern. Auch diesmal versucht die Sozialdemokratie wieder ihr Glück mit ihrem altbewährten Täuschungsmanöver. Nur weil die Kommunistische Partei durch den Stalinismus vollkommen gelähmt ist, kann sich die Sozialdemokratie diese Politik des Massenbetruges erlauben, ohne die Verantwortung vor den Massen fürchten zu müssen.

Nur die Initiative der Kommunistischen Partei kann die Massen in Schwung setzen zum wirklichen Kampf. An gutem Willen dazu, an größten Anstrengungen der Kommunisten dazu fehlt es nicht. Aber das Ergebnis ist Niederlage auf Niederlage. Die andauernde Kette der

Niederlagen zeigt, daß die bisherige Linie, auf der sich die Partei bemüht, falsch ist, grundsätzlich. Eine grundlegende Veränderung des Verhaltens der KP zu den sozialdemokratischen Arbeitern ist nötig. Die Partei darf nicht länger von der Tatsache absehen, daß der Großteil der Arbeiter trotz alledem und alledem der Sozialdemokratischen Partei folgt. Mit dieser Tatsache muß gerechnet werden. Die Taktik der Partei muß auf diese Tatsache eingestellt sein. Nur dann wird sie die Verbindung mit den sozialdemokratischen Arbeitern gewinnen, nur dann wird sie die sozialdemokratischen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf gewinnen, nur dann, in diesem gemeinsamen Kampf, durch die Erfahrungen der sozialdemokratischen Arbeiter in diesem gemeinsamen Kampf, wird sie sie überzeugen von der Richtigkeit der kommunistischen Linie.

Aber nicht nur daß die Partei nicht an die sozialdemokratischen Arbeiter kommt, sie reißt buchstäblich die eigenen, die kommunistischen Kräfte selbst auf. Statt die ganzen Anstrengungen der Avantgarde hinzulenken, die großen Massen zu mobilisieren und mit und in den großen Massen zu kämpfen und dadurch das Vertrauen, die Führung der Massen zu gewinnen, jagt sie die Avantgarde immer wieder isoliert in den Kampf, verpulvert deren Kraft. Die Absicht ist gut, aber die Wirkung ist katastrophal für die Arbeiterschaft, für die Kommunistische Partei, für die revolutionäre Sache. Den Vorteil hat die Sozialdemokratie, der Faschismus, die Bourgeoisie. Gewiß, mächtiger als Wort und Schrift ist das Beispiel: Aber auch das Beispiel wirkt nur, wenn es sich auf richtige Linie bewegt!

Die Grundwurzel dieser verhängnisvollen taktischen Fehler ist der Stalinismus. Die Partei von der stalinischen Linie befreien, sie überzuleiten auf die marxistisch-leninistische Linie, heißt, unter anderem ihr die richtige Einstellung geben zu den sozialdemokratischen Arbeitermassen und der Avantgarde selbst die richtige Anleitung geben für den Kampf um die Massen, für den Kampf mit und an der Spitze der Massen.

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle ThaliastraBe 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunnengasse 41 und 62, Reumannhof, Zeitungstand Straßenbahnhaltestelle Mariahilfer Gürtel-Ecke Mariahilferstraße; Zeitungstand Burging Ecke Bellada.

Schluß mit den Opfern der Massen! Her mit den Opfern der Bourgeoisie!

Schluß mit den Aussteuerungen! Schluß mit den Kürzungen der Unterstützung! Volle Unterstützung an alle Arbeitslosen, auch an die Ausgesteuerten, für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit! Schluß mit den Entlassungen! Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! Schluß mit dem Lohnabbau! Arbeit und Brot durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm auf Kosten der Bourgeoisie! Gegen jede weitere Belastung der Massen durch Steuern und Zölle! Gegen die Arbeitsdienstpflicht! Gegen die Sabotage der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion! Aufhebung der Staatshaftung für die Rothschild-Bank! Weg mit der Kongrua, mit den Ausgaben für kapitalistisches Heer, für kapitalistische Polizei! Progressive Vermögenssteuer!

Sanierung der Massen auf Kosten der Bourgeoisie! Arbeit und Brot auf Kosten der Bourgeoisie!

Das sind die Ziellosungen der Kommunistischen Partei. Sie sind gut. Worauf es ankommt ist, die großen Massen dafür zum Kampf zu gewinnen, zum Kampf dafür wirklich in Bewegung zu setzen! Die großen Massen! Mit ihrer jetzigen Taktik gewinnt die Partei im besten Falle von Zeit zu Zeit da und dort kleine Häuflein kampfgewilltester sozialdemokratischer Arbeiter, die sich nach einer gewissen Zeit immer wieder enttäuscht zurückziehen. Aber die wirklich großen Massen gewinnt die Partei damit nicht, kann sie mit dieser grundfalschen Taktik, kann sie mit ihrer grundfalschen Linie nicht gewinnen.

Nicht die Massen sind schuld. Die Massen folgen nicht dem Ruf der Partei. Das ist die Antwort der Massen auf die grundfalsche Linie der Partei. Diese ihre Linie muß die Partei ändern, dann öffnet sie sich den Weg zu den Massen, dann öffnet sie den Massen den Weg zur Kommunistischen Partei, dann öffnet sie den Weg zum Massenkampf und durch und im Massenkampf den Weg zu dem, was

unumgänglich notwendig für den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, für die Aufrichtung der Macht der Arbeiterklasse, für die proletarische Diktatur: zur Führung des Massenkampfs durch die Kommunistische Partei.

Der Verrat der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse ist Tatsache. Diese Erkenntnis, die früher nur ein sehr kleiner Teil der Arbeiterklasse hatte, sie faßt in immer breiteren Schichten der Arbeiterklasse Fuß und wird auch weiter wachsen. Allein so wichtig diese Erkenntnis ist, für sich allein führt sie die Arbeiterklasse keinen Schritt vorwärts. Vorwärts führen kann die von der Sozialdemokratie verratenen Massen nur die Kommunistische Partei, doch sie kann sie nur, wenn sie sich selbst bewegt auf richtiger Linie. Auch in Oesterreich liegt der Schlüssel, um die Wendung der Arbeiterklasse herbeizuführen, in der Kommunistischen Partei. Dieser Schlüssel heißt: **Schluß mit dem Stalinismus — vorwärts wieder auf die Bahn von Marx und Lenin!**

Schluß mit der Sabotage! Vorwärts zur proletarischen Einheitsfront!

Mit Vollkraft arbeiten die Hindenburg — Papen — Hitler — Wilhelm am Uebergang zur Nazidiktatur, die die Restauration der Hohenzollernmonarchie wirklichen soll. Den Arbeitslosen und Kriegsopfern die Unterstützungen um 600 Millionen Mark gekürzt, gleichzeitig den Kapitalisten neue 100 Millionen Mark zugeschoben, das SA-Verbot aufgehoben und dem französischen Imperialismus ein Kriegsbündnis angeboten gegen die Sowjetunion, das sind die ersten Schritte dieser Regierung.

Dennoch setzt die Sozialdemokratie ihre Tolerierungspolitik fort. «Die Nazis heranlassen, damit sie sich verbrauchen,» das ist die sozialdemokratische Grundeinstellung. Die Sozialdemokratie treibt faktisch eine Politik der Kapitulation und maskiert das durch Gerede nach einer Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten. Schlagend beweist dies das Verhalten der SPD. Auf das Angebot der Berliner Bezirksleitung der KPD an die Sozialdemokratische Bezirksleitung Berlins, an den Ortsvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) Berlin und die Ortsleitung des Reichsbanners Berlin stellen diese als Vorbedingung, «daß die Angriffe der KP gegen die sozialdemokratischen Organisationen und deren Führer eingestellt werden». Das ist eine glatte Ablehnung der proletarischen Einheitsfront.

Die Grundvoraussetzung der proletarischen Einheitsfront ist die organisatorische Selbständigkeit und das Recht auf Kritik für jede der beteiligten Organisationen. Ohne Kritik der bisherigen Politik ist die Ausarbeitung der richtigen Kampflinie der proletarischen Einheitsfront schlechterdings unmöglich. Ohne fortlaufende Kritik ist eine Verbesserung der Politik der proletarischen Einheitsfront unmöglich. Die Politik, womit die Sozialdemokratie dreizehn Jahre lang die Arbeiterklasse geführt, hat vollkommenen Bankrott gemacht. Die Tatsachen zeigen es. Die Lage der Arbeiterklasse zeigt es. Hindenburg zeigt es, den die SPD vor drei Monaten als Schutz gegen Hitler gewählt, der Papen eingesetzt, damit er Hand in Hand mit Hitler arbeite an der Ueberleitung zur Nazidiktatur. Der Versuch, die Kritik an

der Sozialdemokratie und ihren Führern zu unterbinden, beweist, daß die Sozialdemokratie ihre Verratspolitik fortsetzen will. Gerade um die Fortsetzung der sozialdemokratischen Verratspolitik zu verhindern, ist die Kritik notwendig. Selbstverständlich hat und behält die SP ihrerseits das Recht, die KP, ihre Politik und ihre Führer zu kritisieren. Das Recht der Kritik ist eine unumgängliche politische Notwendigkeit für die proletarische Einheitsfront, für ihr Zustandekommen, für ihre Erhaltung und vor allem für ihren Erfolg: denn das Recht auf Kritik ist die unumgängliche politische Voraussetzung für die richtige Kampflinie der proletarischen Einheitsfront!

Am 31. Juli ist Reichstagswahl. Die Papen-Hitler haben selbst die Wahlen ausgeschrieben, weil sie durch Einsatz ihrer Machtmittel, vor allem des Terrors, der SA ihre Stimmzahl zu steigern, sich das Wagnis des Staatsreiches zu erleichtern hoffen. Allein sie wissen, daß die Entscheidung nur außerhalb des Parlaments fällt und sind zum Staatsstreich unter allen Umständen entschlossen. Wer ihre Pläne wirklich durchkreuzen will, der muß die proletarische Einheitsfront herstellen für den außerparlamentarischen Kampf, der darf damit nicht warten bis zum 31. Juli, sondern muß jetzt, ohne weiter kostbare Zeit zu verlieren, sofort den außerparlamentarischen Kampf tatsächlich aufnehmen. Die Sozialdemokratie lehnt faktisch den außerparlamentarischen Kampf ab, dafür möchte sie — «die Listenverbindung bei der Reichstagswahl als zunächst wirksamste Form der Einheitsfront» («A.-Z.» vom 19. Juni).

Gewiß muß alles darangesetzt werden, um die Stimmzettelhoffnung der Papen-Hitler zu zunichte zu machen. Doch so zugespitzt die Gegensätze zwischen Papen-Hitler und Zentrum äußerlich sind, und so sehr dies ausgenutzt werden muß, letzten Endes reduziert sich der ganze Gegensatz darauf, daß das Zentrum mit dabei sein will bei der Diktatur gegen die Arbeiter, ja, daß es der Führer dieser Diktatur sein und bleiben möchte. Es ist keineswegs vollkommen ausgeschlossen, daß sich Papen-Hitler mit dem Zentrum einigen. (So wie es in Oesterreich nicht vollkommen ausgeschlossen ist, daß sich

trotz wichtiger Differenzen Heimwehr und Nazis einigen, um zunächst einmal die faschistische Diktatur gemeinsam aufzurichten und den Kampf untereinander darüber, wozu sie dienen soll — ob der Restauration der Habsburger oder dem Anschluß an Hohenzollern — später auszugetragen.) Schon diese eine Möglichkeit zeigt, daß ausschlaggebend ist und bleibt der außerparlamentarische Kampf und daß, wer diesen ablehnt und «die Listenverbindung als Einheitsfront» will, nicht will den außerparlamentarischen Kampf, nicht will die Einheitsfront, sondern tatsächlich will — die Kapitulation vor dem Faschismus.

Die Einheitsfront schließen für den Kampf außerhalb des Parlaments, die Wahlen aber haben KPD und SPD jede nach ihrem Programm zu bestreiten! Wahhaftig, die Arbeiter haben die sozialdemokratischen Stimmzettel«sieg» schwer genug bezahlt. Mit den von der SP genährten Stimmzettelillusionen ist die Arbeiterschaft Deutschlands — und auch Oesterreichs! — dorthin gekommen, wo sie heute ist.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, die in ihren gewaltigen Massen ehrlich die proletarische Einheitsfront wollen, müssen die Sabotage der sozialdemokratischen Führer durchkreuzen, müssen sie zwingen zur proletarischen Einheitsfront!

Die Sabotage der proletarischen Einheitsfront wird der Sozialdemokratie außerordentlich erleichtert durch die Stalinbürokratie. Sie spricht jetzt etwas weniger von der «roten» Einheitsfront — setzt sie aber dem Wesen nach faktisch fort. Sie ruft jetzt nicht mehr: «Mögen die Nazi hinauf, sie werden rasch abwirtschaften und dann kommen wir dran!» — treibt aber nach wie vor faktisch eine Politik der Kapitulation. Der durch den Druck der linksoppositionellen Kritik und deren Widerhall in der kommunistischen Parteimitgliedschaft erzwungene Schritt des Angebots der Berliner Bezirksleitung der KPD an die sozialdemokratische Bezirksleitung Berlins ist ein halber Schritt. Wenn an die Berliner Bezirksleitung der SPD — warum nicht an die Parteileitung der SPD? — Wenn an den Ortsvorstand des ADGB — warum nicht an den zentralen Vorstand des ADGB? — Wenn an die Ortsleitung des Berliner Reichsbanners — warum nicht an die zentrale Leitung des Reichsbanners? Eine reine Kinderei. Der zweite halbe Schritt muß rasch nachgeholt werden:

Vorwärts zum Einheitsfrontangebot, an die zentralen Spitzen der SPD, des ADGB, des Reichsbanners!

Doch Hand in Hand damit muß gehen — das hätte schon vora gehen müssen — das Aufrütteln der Millionenmassen, das Mobilisieren der Arbeitermassen

für die proletarische Einheitsfront

durch eine konzentrierte Massenkampagne, initiativ organisiert von der KPD, um durch den entfachen

Massendruck von unten

die Sabotagemanöver der sozialdemokratischen Führer zu durchkreuzen, ihnen die Kampfeinheitsfront mit der Hilfe der Massen aufzuzwingen. Spitzenangebote, offene Briefe ohne Massenmobilisierung führen nicht zur proletarischen Einheitsfront, sondern helfen nur den sozialdemokratischen Führern, sich davon zu drücken, ohne die Verantwortung vor den Massen fürchten zu müssen, schaden der revolutionären Sache. Böse Erfahrungen der Vergangenheit haben das zur Genüge gezeigt. Die Stalinbürokratie weiß das. Wenn sie es dennoch macht, so deshalb, weil sie sich vor den Massen nicht festlegen will, so deswegen, weil sie sich in Wirklichkeit nicht zur proletarischen Einheitsfront wendet, sondern weiterhin die «rote» Einheitsfronttaktik anwendet, das heißt, faktisch nur manövriert, um die stalinische Grundeinstellung der Kapitulation vor dem Faschismus, sie maskierend, beizubehalten.

Von der Sozialdemokratie wird die proletarische Einheitsfront sabotiert, um

die sozialdemokratische Verratspolitik fortsetzen zu können. Die Stalinbürokratie aber erleichtert die sozialdemokratische Sabotage, um den vollkommenen Bankrott der «roten» Einheitsfronttaktik des Stalinismus vor den Massen, vor den Kommunisten nicht einbekennen zu müssen. Doch die Arbeiterklasse braucht gerade jetzt nichts so dringende wie die Kampfeinheitsfront des ganzen Proletariats!

Darum müssen die sozialdemokratischen Arbeiter die Sozialdemokratische Partei, den ADGB, den Reichsbanner zwingen zur proletarischen Einheitsfront des außerparlamentarischen Kampfes bei organisatorischer Selbständigkeit und dem Recht auf Kritik für alle beteiligten Organisationen!

Darum müssen die kommunistischen Arbeiter in der Partei die Stalinbürokratie zwingen, das Angebot der außerparlamentarischen Kampfeinheitsfront gegen den Faschismus nunmehr auch zu richten an die zentralen Spitzen der Sozialdemokratie, des ADGB, des Reichsbanners! Sie müssen die Stalinbürokraten zwingen für dieses Angebot mit einem konkreten für die sozialdemokratischen Arbeiter annehmbaren Aktionsprogramm sofort in die Massen zu gehen, die Massen dafür zu gewinnen, die Massen dafür in Schwung zu setzen und so mit Hilfe des Massendrucks von unten die Kampfeinheitsfront dafür aufzuzwingen der SPD, dem ADGB, dem Reichsbanner!

So und nur so wird die geschlossene Kampffront der gesamten Arbeiterklasse gegen den Faschismus aufgerichtet und siegen!

Aktionsprogramm der proletarischen Einheitsfront!

Die Kampflosungen der proletarischen Einheitsfront müssen zwei Bedingungen erfüllen.

Sie müssen für die sozialdemokratischen Arbeiter annehmbar sein. Sie müssen so gewählt sein, daß die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter dafür zu kämpfen tatsächlich bereit ist. Jede Ueberspitzung, da mag sie sich noch so radikal gebärden, ist das Gegenteil von radikal, weil sie die Ersetzung der proletarischen Einheitsfront erschwert, der Sabotage der Einheitsfront durch die SP Vorschub leistet. Die Ausgangslosungen der proletarischen Einheitsfront müssen auf der Linie des Kampfes liegen, das genügt.

Zugleich aber müssen die Kampflosungen der proletarischen Einheitsfront heute der außerordentlichen Gefahr entsprechen, in der sich die Arbeiterklasse befindet, dieser Gefahr, die von Tag zu Tag wächst. Sie müssen klar darauf eingestellt sein, daß der Faschismus, daß die Kräfte, die sich seiner als Mittel bedienen, zum entscheidenden Staatsstreich schon in den nächsten Monaten, vielleicht Wochen greifen wollen, greifen werden. Der Zwang der politischen Lage macht gesteigerte Ausgangslosungen zur unumgänglichen Notwendigkeit.

Wenn die KPD im Berliner Maßstab vorgeschlagen hat, gemeinsame Aufmärsche, gemeinsame Arbeiterversammlungen in allen Betrieben und Stempelstellen, in denen Proteststreiks und Stempelstreiks gegen die Papen-Notverordnung und gegen den Mordfaschismus beschlossen wurden, so ist das gut, um den Kampf der Einheitsfront dorthin zu leiten, wohin er gehört: auf das außerparlamentarische Gebiet. Die Losungen: «Nieder mit der faschistischen Reaktion! Fort mit der Papenregierung! Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion!» geben die Grundrichtung. Allein die KPD muß ihr Angebot ergänzen durch ein konkretes Aktionsprogramm der proletarischen Einheitsfront, worin sie aufzeigt die nächsten Ziele, zu deren Erreichung sie die gemeinsamen Aufmärsche, die gemeinsamen Arbeiterversammlungen, die gemeinsamen Protest- und Stempelstreiks

als erste Mittel vorschlägt. Wir glauben mit der deutschen Linksoption, daß ein solches Aktionsprogramm folgende Punkte enthalten müßte:

- 1. Militärische Abwehr des Faschismus: Schutz der Arbeiterviertel durch Bildung roter Hundertschaften in den Betrieben und Stempelstellen.
- 2. Gegen Lohn- und Unterstützungsabbau: Kampf dagegen auch mit Streik. Für den 7-Stundentag bei Lohnausgleich. Für Arbeit und Brot durch Verwirklichung eines großzügigen Planes der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Arbeiterkontrolle der Produktion.
- 3. Kampf gegen den imperialistischen

Krieg: Verhinderung jeder Kriegsproduktion für die Imperialisten, Verhinderung der Waffen-, Munitions- und Ausrüstungstransporte gegen Sowjetrußland, Schutz der Sowjetunion gegen jeden Angriff!

4. **Organisierung der proletarischen Einheitsfront:** Wahl von Organen der proletarischen Einheitsfront in Betrieben und Stempelstellen. Zusammenfassung dieser Organe örtlich in Ortskartellen. Der Reichskongreß der Ortskartelle wählt ein Reichskartell zur zentralen Leitung des Kampfes der proletarischen Einheitsfront, das zum nächsten Hauptziel hat die Abwehr des faschistischen Staatsstreichs.

Karl Radek:

Die Einheitsfront des Proletariats

Der Abwehrkampf des Proletariats muß geführt werden durch die großen Massen der Arbeiter. Die Massen sind in Westeuropa organisiert in Gewerkschaften und gehören zum Teil den alten sozialdemokratischen Parteien an. Die erste Frage, die wir uns zu stellen haben, ist: Können wir diese Massen erobern im Gegensatz zu ihren Führern, der Gewerkschaftsbürokratie und der Bürokratie der sozialdemokratischen Parteien, oder ist unser Beginnen hoffnungslos, wenn sich ihm die alten Führer entgegensetzen? Diese Frage muß dahin beantwortet werden: Auf die Länge hin wird der revolutionäre Gedanke in der Arbeiterklasse siegen, auch wenn sich ihm die sozialdemokratischen Organisationen und die Arbeiterbürokratie entgegensetzen. Ja, die Ueberwindung der sozialdemokratischen Ideologie ist eine Vorbedingung des internationalen Sieges des Proletariats. Aber damit ist nicht gesagt, auf welchem Wege diese Ueberwindung stattfindet. Wenn es sich um die Feststellung dieses Weges handelt, so muß man vorerst die Frage stellen: Wie gelangen wir am leichtesten an die nichtkommunistischen Arbeitermassen? Tun wir das am leichtesten, indem wir uns mit der Demaskierung der sozialdemokratischen Führer auf dem Wege der Propaganda begnügen, indem wir uns von jeder Berührung mit ihnen fernhalten? Es ist klar, daß dieser Weg der schlechteste wäre. Er würde den Verzicht auf den Versuch der Zusammenfassung der Arbeitermassen zum Kampfe bedeuten. Er würde bedeuten, daß wir handeln müßten, nur auf die Arbeitermassen gestützt, die schon kommunistisch sind. Er würde bedeuten, daß wir die Arbeiterschaft zum Kampfe aufzufordern hätten, und falls sie nicht so konsequent von vornherein kämpfen würden, wie wir es wünschen, daß wir dann kritisierend beiseite zu stehen hätten. Die Arbeiterschaft würde dann in uns die Spalter ihres Kampfes sehen, Eigenbröckler, die, eingesponnen in ihre Theorien, nicht imstande sind, mit ihr zusammen die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte gegen die Offensive des Kapitals zu erfassen.

Ganz anders ist es, wenn wir an die Arbeiterschaft herantreten, so wie sie ist, mit allen ihren Illusionen, mit all ihrer Unentschlossenheit, mit all ihrer Anhänglichkeit an die alten Führer und an die alten Ideen. Wenn wir sie zu erfassen suchen im Rahmen ihrer alten Organisationen. Wir haben diesen Weg in den Gewerkschaften so jener betreten. Wir haben gekämpft, nicht um die Zertrümmerung der Gewerkschaften, sondern wir nötigen, den Kampf des Proletariats zu nötigen, den Kampf des Proletariats zu führen. Um dies zu erreichen, haben wir uns keinen Augenblick gewiegert, uns an einen Tisch mit den reformistischen Führern der Gewerkschaften zu setzen, obwohl wir immer den Massen sagten, daß diese Gewerkschaftsführer, mögen sie persönlich sein, wie sie wollen, objektiv ihre Interessen auf Schritt und Tritt preisgeben, und wir können getrost sagen, diese unsere Politik hat überall die besten Erfolge gezeigt. Dank dieser Politik haben wir in einer Reihe von Län-

dern große Teile der Arbeiterschaft, die bisher unserer Weltanschauung, unseren Kampfzielen fremd gegenüberstanden, für uns erobert, und nichts erstrebt die Gewerkschaftsbürokratie energischer, als uns die Arbeit in den Gewerkschaften unmöglich zu machen; denn sie versteht es ausgezeichnet, daß, da sich die Lage der Arbeiterschaft immer mehr verschlechtert, da sich ihre Kämpfe verschärfen müssen, in diesen Kämpfen diejenigen Oberhand gewinnen, die energisch und mutig kämpfen wollen, über die, die jedem Kampf ausweichen. Nun, die Kämpfe des Proletariats wachsen hinaus über den Rahmen der Einzelkämpfe der Gewerkschaften, über den Rahmen der Lohnbewegung. Sie werden immer mehr zu kämpfen haben gegen den kapitalistischen Staat auf dem Gebiete des Steuerwesens, auf dem Gebiete der Weltpolitik, die jetzt zum Kampf um die wirtschaftliche Neuordnung der Welt wurde. Die Taktik, die wir in den Gewerkschaften führen, muß auf das Gebiet der Politik übertragen werden, mit den Änderungen, die sich aus dem Wesensunterschied der Gewerkschaften und der politischen Parteien ergeben. Die Gewerkschaften fassen die Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zusammen. Darum brauchten wir die Gewerkschaften nicht zu spalten, sondern wir suchten in ihrem Rahmen die Politik der Einheitsfront durchzuführen, indem wir sie durch unseren Druck von innen zu den Kämpfen um die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft zu treiben suchten. Die politischen Parteien sind Kampfeinheiten von Gesinnungsgenossen. Wenn wir unsere Gesinnungsgenossen zusammenfassen wollten, wenn wir sie zur wirklichen Gesinnungsgenossenschaft ausbilden wollten, so müßten wir die alten Parteien der Arbeiterklasse sprengen und die revolutionären Arbeiter in kommunistischen Parteien zusammenfassen. Wollen wir jetzt diese revolutionären Arbeiter in die gemeinsamen Kämpfe mit den anderen Proletariern führen, die im wachsenden Maße genötigt sein werden, ihre Illusionen aufzugeben, so stehen zwei Wege offen. Der erste Weg wäre die Verschmelzung der kommunistischen Parteien mit den sozialdemokratischen. Wir brauchen nicht erst auszuführen, daß dieser Weg ungangbar ist angesichts der tiefen Gegensätze, die uns von den sozialdemokratischen Parteien trennen. So lange das Proletariat nicht einen Willen und eine Erkenntnis von dem zu beschreitenden Weg in seinen Kämpfen sich erarbeiten wird, so lange kann die parteipolitische Spaltung des Proletariats nicht verschwinden. Wer irgendwelche Illusionen darüber hat, schafft Verwirrung in den Reihen des Proletariats. Und wer Befürchtungen hat, daß die kommunistische Internationale bei der jetzigen Spaltung der Geister eine Politik der Einigung der proletarischen Parteien für möglich halten könnte, der beweist, daß er niemals das Wesen der kommunistischen Internationale in all seiner Tiefe erfaßt hat. Der beweist, daß er die Tiefe der Krise nicht erfaßt hat, die die Arbeiterbewegung seit dem Krieg erschüttert. Der zweite Weg, der übrig bleibt, ist der Weg

der politischen Blocks der Parteien, die sich auf das Proletariat stützen, zum Zwecke der Erreichung der Einheit für die nächsten unaufschiebbaren Kämpfe. Diesen Weg hat die Kommunistische Internationale beschränkt und sie wird an ihm für absehbare Zeit festhalten. Das Ziel der Politik der Einheitsfront ist die Zusammenfassung des Proletariats für seine nächsten Abwehrkämpfe gegen die wachsende Teuerung, gegen die wachsende Arbeitslosigkeit, gegen die wachsende Belastung, die das Weltkapital dem Proletariat und den arbeitenden Massen der Welt überhaupt auferlegen sucht. Die deutsche Reparationsfrage, die Anerkennung Sowjetrußlands sind wie die Kämpfe gegen die Arbeitslosigkeit und Teuerung Teile ein und desselben Problems, Teile des proletarischen Abwehrkampfes gegen die wachsende Verklavung und Verelendung. Die Narren, die da sagen, Sowjetrußland brauche die Einheitsfront; die Losung der Einheitsfront sei ein neues diplomatisches Manöver Sowjetrußlands, sind ebenso klug wie jene, die sagen, die Einheitsfront sei ein deutsches Manöver, denn Deutschland brauche eine moralische Unterstützung in seinem Kampfe gegen die Last der Reparationen und die einen wie die anderen Conan Doyles vergessen dabei nur eines, daß die Ruinen Deutschlands und die Ruinen Sowjetrußlands nichts anderes bedeuten als die Steigerung der Arbeitslosigkeit, als die Steigerung der Not des internationalen Proletariats. Nun, sind die sozialdemokratischen Parteien fähig, zusammen mit uns eine Kampffront aufzurichten? Sind die sozialdemokratischen Führer, die Henderson, die Renaudel, die Scheidemann fähig, Arm in Arm mit uns wenigstens um die nacktesten Lebensbedürfnisse des Proletariats zu kämpfen? Werden sie uns nicht abspeisen mit Versprechungen, wie sie tausendmal zu kämpfen versprochen haben und werden sie dann nicht wieder veraten? Diese Fragen sind mehr als berechtigt. Wir haben nur geringe Hoffnungen darauf, daß die in Sünden ergrauten reformistischen Führer der Sozialdemokratie, selbst wenn sie tausend Hannibal-

schwüre leisten, ihr Wort halten, daß sie kämpfen werden auch nur um die einfachsten Notwendigkeiten der Arbeiterklasse. Aber es handelt sich nicht darum, zu spätisieren, was die sozialdemokratischen Führer wollen, sondern was sie tun müssen. Sie befinden sich unter dem steigenden Druck ihrer Arbeitermassen, Mögen sie noch so sehr den Kampf fürchten, mögen sie ihm tausendmal ausweichen wollen und ausweichen, immer mehr wird der Druck der hinter ihnen stehenden Arbeiter wachsen, immer klarer werden die Streitfragen, immer deutlicher kommt es den Arbeitermassen zum Bewußtsein, daß es nicht um Theorien geht, sondern daß es sich darum handelt, ob sie verhungern sollen, ob sie ausgeliefert werden sollen der wildesten Ausbeutung, ohne einen Versuch, sich zu wehren. Angesichts dieser Sachlage können die sozialdemokratischen Führer nicht ohne weiteres klipp und klar einfach die Bestrebungen nach der Einheitsfront des Proletariats ablehnen mit Schimpfkanonaden gegen die Kommunisten. Mögen sie sogar unseren jetzigen Vorschlag nach der Einberufung einer internationalen Arbeiterkonferenz ablehnen, sie werden national genötigt sein, immer wieder Antwort darauf zu geben, wollen sie mit uns für die nächsten Interessen des Proletariats kämpfen oder wollen sie bei der einfachen Frage nach einem Stückchen Brot nichtkämpfen. Die sozialdemokratischen Führer werden genötigt sein, eine Zickzackpolitik zu treiben, sie werden heute versuchen, die Einheitsfront durch Entnützungen gegen die Kommunisten zu sabotieren und sie werden morgen genötigt sein, mit den Zähnen knirschend sich an einen Tisch mit uns zu setzen. Sie werden übermorgen von diesem Tisch weggehen, der Arbeiterklasse in den Rücken fallen, um dann wieder, geängstigt durch die Folgen ihrer Politik, genötigt zu sein, wieder mit uns ein Stück Weges zusammenzugehen. Ob sie der proletarischen Einheitsfront zustimmen, ob sie als Lakaien der Bourgeoisie diese Einheitsfront vorantreiben werden, jeder ihrer Schritte wird bei einer klaren, unzweideutigen Haltung der kommunistischen Parteien, bei ihrem

Die Zickzacks der Stalinisten in der Einheitsfrontfrage

Von L. Trotzkij (Schluß.)

Die SAP, die in der ersten Zeit ihrer Existenz die Frage des Kampfes gegen die Faschisten (besonders in den Artikeln von Rosenfeld und Seydewitz) formell stellte und die Frist des Gegenschlages für den Moment von Hitlers Machtantritt festsetzte, hat einen gewissen Schritt vorwärts getan. Ihre Presse fordert jetzt, den Widerstand gegen den Faschismus sogleich zu beginnen durch Mobilisierung der Arbeiter gegen Hunger und Polizeijoch. Wir geben bereitwillig zu, daß der Positionswechsel der SAP unter dem Einfluß der kommunistischen Kritik vor sich gegangen ist; darin besteht ja auch die Aufgabe des Kommunismus, den Zentrismus durch die Kritik an dessen Halbtönen vorwärts zu stoßen. Aber das allein reicht nicht aus: man muß die Früchte der eigenen Kritik politisch ausnützen und der SAP vorschlagen, vom Wort zur Tat überzugehen. Man muß die SAP einer offenen und klaren praktischen Prüfung unterziehen: nicht durch Deutung einzelner Zitate — das ist wenig — sondern durch den Vorschlag zur Ueber-einkunft über bestimmte praktische Widerstandsmaßnahmen. Wird die SAP ihre Unzulänglichkeit offenbaren, so wird umso mehr die Autorität der Kommunistischen Partei gehoben, umso rascher die Zwischenpartei liquidiert werden. Wovor sich fürchten?

Doch ist es unwahr, daß die SAP nicht ernsthaft kämpfen will. Sie birgt verschiedene Tendenzen. Für den Augenblick, solange es sich nur um abstrakte Einheitsfrontpropaganda handelt, schlummern die innern Widersprüche; beim Uebergang zum Kampf werden sie nach außen treten. Gewinnen kann dabei nur die kommunistische Partei.

Bleibt noch die Hauptfrage: wiese die SPD, die von der SAP, angenommenen

praktischen Vorschläge zurück, so wäre damit eine neue Lage geschaffen. Die Zentristen, die in der Mitte zwischen KP. und SP. stehen, sich über diese und jene beklagen und auf Kosten beider bereichern wollen (eine solche Philosophie entwickelt Uebahns), würden sogleich in der Luft hängen, denn es würde sich zeigen, daß der revolutionären Kampf gerade die SPD. sabotiert. Wäre das nicht ein erster Vorteil? Die Arbeiter innerhalb der SAP. würden ihre Blicke von nun an entschieden nach der KP. hinwenden.

Doch die Weigerung von Weis und Co., ein Aktionsprogramm anzunehmen, mit dem die SAP. übereinstimmt, bliebe auch für die Sozialdemokratie nicht ungestraft. Der «Vorwärts» würde sogleich die Möglichkeit verlieren, über die Passivität der KP. zu klagen. Der Zuzug der sozialdemokratischen Arbeiter zur Einheitsfront würde sogleich wachsen; und das würde auch ihrem Zuzug zur KP. gleichkommen. Ist das nicht klar?

An jeder dieser Etappen und Wendungen würden sich der KP. neue Möglichkeiten erschließen. Statt monotoner Wiederholung ein und derselben fertigen Formeln vor ein und demselben Auditorium erhielte sie die Möglichkeit, neue Schichten in Bewegung zu setzen, sie an Hand der lebendigen Erfahrung zu unterweisen, zu stählen und die eigene Hegemonie in der Arbeiterklasse zu befestigen.

Es kann nicht einmal die Rede davon sein, daß sich die KP. dabei der selbständigen Führung von Streiks, Demonstrationen, politischen Kampagnen begeben. Sie bewahrt die volle Aktionsfreiheit. Wartet auf niemanden. Aber auf Grund ihrer Aktionen führt sie eine lebendige Manöverpolitik den übrigen Arbeiterorganisationen gegenüber, zertrümmert die konservativen Barrieren in der Arbeiterklasse, treibt die Widersprüche im Reformismus und Zentrismus nach außen, stößt die revolutionäre Aktion im Proletariat vorwärts.

ehrlichen Kampf um die Einheitsfront zu unserem Gunsten ausschlagen. In diesem Hin und Wider der sozialdemokratischen Parteien und ihrer Führer werden die hinter ihnen stehenden Arbeiter immer klarer ihre Politik verstehen lernen und sie werden immer entscheidender genötigt sein, einzusehen, daß nur der Kommunismus der Leitstern ihres Kampfes sein kann. Das Herantreten an die Führer der sozialdemokratischen Parteien mit dem Vorschlag des gemeinsamen Kampfes um die gemeinsamen Interessen des Proletariats bedeutet nicht nur kein Zurückweichen, sondern umgekehrt, es bereitet dem Wachstum des Kommunismus, der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für seine Ideen den Weg.

Die Führer der sozialdemokratischen Parteien beantworten solche eindeutige Erklärungen unsererseits mit der Behauptung: Für die Kommunisten ist die Forderung der Einheitsfront ein rein taktisches Manöver. Sie wollen keinesfalls eine Einheitsfront. Sie sind nur bestrebt, Parteinteressen zu schänden. Wir antworten darauf ruhig: Nun, durchkreuzt doch unser Manöver, kämpft doch ehr-

lich um die Interessen der Arbeiterklasse!

Vorstehende Zellen sind einer Rede entnommen, die Karl Radeck im Auftrag des ZK. der KPR. — damals noch geführt von Lenin — am 9. März 1922 gehalten hat auf der Konferenz der Moskauer Organisation der KPR. Sie ist dann als Broschüre erschienen unter dem Titel: «Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale.» Radek entwickelt hier in ausgezeichneter Weise die Leninsche Linie in der Frage der Gewerkschaften und der proletarischen Einheitsfront überhaupt. Diese Linie ist in vollem Umfang richtig auch heute. Nicht die Leninsche Linie hat sich geändert, aber Radek. Und vor allem hat sich geändert die Linie der KJ. und der kommunistischen Parteien. Die Stalinsche Generallinie geht gegen die Linie Lenins! Gerade die Rede Radeks aus dem Jahre 1922 zeigt dies besonders klar. Der Stalinismus lähmt die kommunistischen Parteien. Die Rückkehr auf die Linie Lenins in allen Fragen ist das dringendste Gebot der Stunde. Besonders in der Frage der Einheitsfront!

Leo Trotzki: Zur politischen Biographie Stalins

18. In der Periode der Brester Verhandlungen nahm Stalin keinerlei selbständige Position ein. Er schwankte, wartete ab, schwie sich aus. Im letzten Moment stimmte er für den Vorschlag Lenins. Die irre und hilflose Position Stalins in dieser Periode wird genügend, wenn auch nicht völlig klar selbst in den offiziell bearbeiteten Protokollen des Z. K. charakterisiert. (Siehe «Able im Sack».)

19. In der Periode des Bürgerkrieges war Stalin ein Gegner der Prinzipien, die zugrunde gelegt wurden der Gründung der Roten Armee und besetzte hinter den Kulissen die sogenannte «Militär-Opposition» gegen Lenin und Trotzki. Sich hierauf beziehende Tatsachen sind zum Teil in der Autobiographie Trotzki's dargestellt. (Zweiter Band, Seite 167. «Die Militär-Opposition». Siehe auch den Artikel «Marxismus» Seite 36.)

20. Im Jahre 1922, während der Erkrankung Lenins und des Urlaubs Trotzki's, führte Stalin unter dem Einfluß Sokolnikows im Z. K. einen das Monopol des Außenhandels untergebenden Beschluß herbei. Dank dem entscheidenden Auftreten Lenins und Trotzki's wurde dieser Beschluß aufgehoben. (Siehe Trotzki's «Brief an die Isparta». «Isparta» ist die Abteilung der W.K.P. zur Erforschung der Parteigeschichte. D. Red.)

21. In der nationalen Frage nimmt Stalin dieselbe Position ein, welche Lenin bürokratischer und chauvinistischer Tendenzen beschuldigt. Stalin seinerseits beschuldigt Lenin des nationalen Liberalismus. (Siehe Trotzki's «Brief an die Isparta».)

22. Wie war die Haltung Stalins zur Frage der deutschen Revolution im Jahre 1923? Hier mußte er sich auf Neue, so wie im März 1917, selbständig in einer Frage großen Maßstabes orientieren: Lenin war krank, mit Trotzki führte man den Kampf. Da ist, was Stalin an Sinowjew und Bucharin im August d. J. 1923 über die Lage in Deutschland schrieb:

«Sollen die Kommunisten die Ergriffung der Macht erstreben (im gegebenen Moment) ohne die Sozialdemokraten, sind sie dazu schon herangereift, — darin besteht nach meiner Meinung die Frage. Die Macht übernehmend, hatten wir in Rußland solche Reserven, wie: a) den Frieden, b) das Land der Bauern, c) die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterklasse, d) die Sympathie der Bauernschaft. Dergleichen haben gegenwärtig die deutschen Kommunisten nicht. Allerdings, sie haben als Nachbarn den Sowjetstaat, den wir nicht hatten, aber was können wir ihnen im gegenwärtigen Moment geben? Wenn jetzt in Deutschland die Macht zuzusagen stürzt und die Kommunisten sie ergreifen, so werden sie mit einem Krach durchfallen. Das im «ebsten Falle». Aber im schlimmsten Falle — werden sie in tausend Scherben zerschlagen und zurückgeworfen. Die Sache besteht nicht darin, daß Brandler die «Massen erziehen» will, sondern darin, daß die Bourgeoisie plus der rechten Sozialdemokratie ganz bestimmt die Lehr-Demonstration in den Entscheidungskampf verwandeln (sie haben einstweilen fast alle Chancen dazu) und sie zerschmettern würde. Gewiß, die Faschisten schlafen nicht, aber für uns wäre es glücklicher, wenn die Faschisten zuerst angreifen würden: das würde die ganze Arbeiterklasse um die Kommunisten scharen (Deutschland

ist nicht Bulgarien). Außerdem sind nach allen Nachrichten die Faschisten in Deutschland schwach. Nach meiner Meinung ist es notwendig, die Deutschen zurückzuführen und nicht anzuspornen.»

Solcherart rechnete Stalin im August 1923, als die deutsche Revolution an alle Türen pochte, daß es notwendig ist, Brandler zurückzuführen, und nicht anzuspornen. Für die Verstämmung der revolutionären Situation in Deutschland trägt Stalin die Hauptschwere der Verantwortung. Er unterstützte und spornete an die Zauderer, Skeptiker und Zögerer in Deutschland. In einer Frage von welthistorischer Bedeutung nahm er nicht zufällig eine opportunistische Stellung ein: dem Wesen nach führte er nur die Politik fort, welche er im März 1917 in Rußland durchführte.

Fassivität und Unentschiedenheit vernichtet ward, verteidigte Stalin, damit sich selbst verteidigend, noch lange das Brandler-ZK vor Trotzki. Dabei berief sich Stalin, selbstverständlich, auf die «Besonderheiten». Am 17. Dezember 1924 — ein Jahr nach dem Zusammenbruch in Deutschland! — schrieb Stalin: «Diese Besonderheiten darf man auch nicht eine Minute lang vergessen. Besonders muß man an sie erinnern bei der Analyse der deutschen Ereignisse im Herbst 1923. Vor allem muß man den Gen. Trotzki an sie erinnern, der eine völlige Analogie zwischen der Oktoberrevolution und der Revolution in Deutschland durchgeführt und die deutsche Kompartei unaufhörlich geißelt. (Frage des Leninismus, Ausgabe 1928, Seite 171.)

Auf diese Art wurde Trotzki zu jener Zeit der «Geißelung» des Brandlerismus beschuldigt und nicht seiner Beschuldigung. Daraus ist klar ersichtlich, inwieweit Stalin mit seinem Motowow geeignet ist zur Bekämpfung der Rechten in Deutschland! (Schluß folgt.)

Aus der Partei

Die Wahrheit über die Kaderfrage

An die «Arbeiter-Stimme»!

Werte Genossen!

Habe von euch die «Arbeiter-Stimme» zugesandt erhalten und finde darin so manches über die Kopenig und Ko., was den Tatsachen leider entspricht, zum Beispiel die Kaderfrage. In der Diskussion zum XI. Parteitag wurde diese Frage sehr eingehend besprochen und dazu ein Rundschreiben vom ZK. herausgegeben. Kurz gesagt, das ZK. erließ das Diktat, daß zu den Kreisdelegiertenkonferenzen und zum Parteitag mindestens 60 Prozent neuer frischer Genossen herangezogen werden müssen, auch dann, wenn sie eben erst von der SP. gekommen sind. Die «alten verkalkten Elemente» müßten ersetzt werden durch neue, mit jugendlichem Elan kämpfende Genossen. Unter den drei Genossen, die in unserer Zelle auf Grund des Rundschreibens des ZK. «gewählt» wurden, war auch ich dabei, obwohl ich damals noch nicht einmal vier Wochen in der Bewegung war! Was bei uns an politischer Linie und organi-

satorischen Kenntnissen vorhanden oder besser gesagt nicht vorhanden war, will ich lieber gar nicht erzählen. Wir waren halt nun einmal auserwählt, die jahrelangen Genossen zu vertreten. Wir kamen nun, ohne mit den Problemen einer revolutionären Partei in Theorie und Praxis vertraut zu sein, mitten unter die Genossen der Parteiführung. Mit Staunen und Ehrfurcht sahen wir sie nun lebhaftig vor uns, hörten ihre salbungsvollen Referate, und da wir in ihrer Ideologie nicht mitkonnten, so nickten wir recht befallig und stimmten allem zu, was sie nur wollten. Da wurde «man» auf uns aufmerksam und flugs waren wir schon zu — Kreisleitungsmitgliedern gewählt und zum Parteitag nominiert. Am Parteitag war es ja ganz schön, mitunter sehr geheimnisvoll, aber — na ja, von dem, was dort gesprochen wurde, verstanden wir nicht viel: Komintern, Ekki, RGJ. usw. waren uns ganz unbekannt. Wir wurden in verschiedene Kommissionen geschoben, Arbeit hatten wir da gar keine zu leisten, denn ein Sprichwort sagt: «Der kluge Mann baut vor». Da lagen fix und fertig Resolutionen, Kritiken, Vorschläge usw. da, auch ein prominenter Führer war vorhanden und machte sich, wahrscheinlich um uns allen die Arbeit zu erleichtern, gleich zum Vorsitzenden. Es war alles so schön vorbereitet, daß wir immer nur die Pfoten zu heben brauchten. Mit einem Wort: es war «sehr schön». Aber wo Sonne, da ist auch Schatten. Steht da ein Spaßverderber auf und sagt: «Kopenig ist nicht fähig, neuerlich ins ZK. einzuziehen und auch andere nicht.» Großes Geschrei, genannt «Diskussion»: «Unseren Gott, unser Alles wöllt ihr beschmutzen, wir, die «Neuen», werden euch schon zeigen, wer befähigt ist, an der Spitze der Partei zu stehen!» Kopenig selbst sprang auf und sagte was von Freyten, Brandlerianern, die die Partei auf eine falsche Linie schieben möchten, die nur an die Spitze wollen, weil es dort — — Na ja, wir glaubten «Ihm», denn neue Kräfte wurden der «freitische» Anschlag vereitelt und der Parteitag beschloß «die XI. entscheidende Wendung zu den Massen». Und heute, weil es wieder im Juni ist, da denke ich zurück an die Beschlüsse vor einem Jahr und sehe, wie wir wachsen, eine Massenpartei werden — könnten — wenn wir damals jeder einzelne eine «Arbeiter-Stimme» zur Hand gehabt hätten, jeder Genosse, der treu in seiner revolutionären Gesinnung miterlebt hat den grandiosen «Aufbau» in der Partei, dem werden wahrscheinlich so wie mir **ernste Bedenken an der Richtigkeit der Parteilinie** auftauchen; denn trotz der Mühen und Opfer der Parteiarbeiter haben wir einen Rückschlag erlitten, der uns von Jahr zu Jahr immer lächerlicher in den Augen der Gegner macht. Wo sind die Siege, wo die Hunderte neuer Parteigenossen, wie hat sich die «rote» Einheitsfronttaktik bewährt, wo sind die spärlichen Ueberreste der Betriebspositionen, alles mehr zerschlagen wie aufgebaut!

Und wer trägt die Schuld an allem? Nicht wir Parteiarbeiter, sondern die Linie, das System, die Methoden, die Führung! Nie werden wir vorwärts kommen, so lange Kopenig & Ko. die Partei widerwahl mißbrauchen. Diesen Leuten geht es nur darum, oben zu bleiben und wenn die Partei dabei zugrunde geht. Genossen, der Sumpf wird zu dick, da heißt es flink umgerührt, so lange noch Zeit ist! Darum alle aufrichtigen Genossen in die Opposition, im Bündnis mit der KPOe. (Opposition) zur Reinigung der Partei von solchen Schädlingen samt «Ihrer» Linie, zur Gesundung, zu einer **richtigen Aufbauarbeit!**

Genossen, Achtung! Mitglieder der W. A. W. (Arbeiterwehr) versuchen die verderbliche Führung abzuschütten. Unterstützt diese gesunde Opposition und sendet Berichte darüber an die Arbeiter-Stimme!

Rot Front!

Ein Genosse aus dem X. Bezirk.

Die Spalter

Dank der stalinschen Politik ist unsere Partei ein Durchhaus. Von einem kleinen Kern abgesehen, der trotz alledem die Treue bewahrt, wechselt die Zusammensetzung der Partei ununterbrochen. Nach durchschnittlich sechs- bis zwölfmonatiger Mitgliedschaft ziehen sich die meisten, die sich der Partei angeschlossen haben, wieder zurück. An ihre Stelle treten Neue und an ihre wieder Neue und so immer fort. So geht es nun schon Jahre. Die neuen Genossen haben keine Ahnung von der Geschichte der Partei. Gerade darauf spekulieren die Stalinbureaukraten, um sie irrezuführen. So stoßen wir bei den neuen Mitgliedern immer wieder auf Gedankengänge, die, obwohl tausendmal widerlegt, bei diesen Genossen dennoch verfangen, eben weil sie die Geschichte der Partei noch nicht kennen. Hier muß die Opposition unermüddlich Aufklärungsarbeit leisten. Zum Beispiel meinen die neuen Genossen: «Ihr spaltet die Partei! Macht Opposition doch innerhalb der Partei!» Allen diesen Genossen sagen wir:

Nicht wir haben die Partei verlassen, sondern wir wurden ausgeschlossen. Wir wurden Anfang 1927 ausgeschlossen durch die Stalin-Fraktion und die mit ihr verbundenen Rechten, welche beide unterstützt wurden durch die Toman-Fraktion. Wir wurden ausgeschlossen, weil wir die Leninsche Linie vertraten. Wiederholt im Laufe der Jahre haben wir unsere Zurückberufung in die Partei verlangt, ohne Antwort erhalten zu haben.

Nicht wir also haben die Partei gespalten, sondern jene, die uns ausgeschlossen haben.

Nicht wir also erhalten die Spaltung, sondern jene, die unsere Rückberufung in die Partei verhindern.

Und nicht wir sind es, die fort und fort die Partei aufs neue spalten, sondern jene, die beinahe tagtäglich immer wieder die **erfahrenen Genossen** aus der Partei drängen, jetzt unter dem Titel der «Kaderfrage».

Unterstützt unseren Kampf um unsere Zurückberufung! Unterstützt unseren Kampf um die Zurückberufung der internationalen Linksoption! Stellt den Antrag auf unsere Zurückberufung in jeder Organisation! Stellt den Antrag an jede Organisation, die Diskussion einzuleiten über die politische Linie, die die Partei einschlagen soll, damit sie endlich vormarschiere.

Dann werdet Ihr sehen, wer die Spalter sind. Dann werdet Ihr sehen, daß nicht wir die Spalter sind! Dann werdet Ihr sehen, daß wir die Einheit der Kommunisten wollen, die Einheit der Kommunisten auf Leninscher Linie! Dann werdet Ihr sehen, daß die Stalin-Bureaukratie der Spalter ist! Dann werdet Ihr sehen, daß die Stalinsche Generallinie die Kommunisten spaltet, weil sie nicht dem Marxismus-Leninismus entspricht, weil sie dem proletarischen Klasseninteresse widerspricht!

Aus der Opposition

Bezirksorganisation XII/V. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII., Rosaliegasse Nr. 11.

Bezirksorganisation Ottakring: Zusammenkunftslokal XVI., Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus.

Bezirksorganisation XXI. Jeden Freitag abends: Gasthaus Mayerhofer, XXI., Bahnsteggasse 2.

Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller Eggenberg, Rochelgasse 52.

Feststellung. Wir stellen fest, daß unser Beschluß betreffend E. Kernmayr nicht das Geringsste zu tun hatte mit der Mahnrufaffäre von 1930. Wir stellen weiter fest, daß wir das der Mahnrufgruppe bekanntgegeben haben, daß also der Mahnruf mit vollem Bewußtsein lügt und dadurch wiederum bestätigt, wie unrein er ist. Bezirksleitung Graz.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stipschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «Luvax», Wien, VII.

A. K. B. „Spartakus“

Sitz: XVI., Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus. 3. Juli: Badeausflug zum Zinkbach.

10. Juli: Badeausflug zur Eblingen Scheide. Zusammenkunft Strabenbahnstation. Gemeindegrenze Eblingen, 1/2 10 Uhr. Fahrt über Floridsdorf.